

Endlich Sommer

Nun können wir uns endlich den Themen widmen, die uns schon lange umtreiben. Nämlich, was ist, wenn Promis auf die Toilette müssen. Damit beschäftigt sich heute die Berliner Morgenpost in einem im wahrsten Sinne des Wortes Enthüllungsartikel. Die Frage, wie entspannt Mann sein kann, wenn neben ihm Gerhard Schröder in die Schüssel pinkelt, bedurfte endlich einer Klärung. Und wo ist der Personenschützer bei diesem Vorgang? Ich hatte bei einer Funkausstellung vor vielen Jahren das zweifelhafte Vergnügen eines gemeinsamen Klogangs mit Michael Schumacher. Er betrat das WC nach kurzem Blick seiner Bodyguards in Innere. Dann stellten sie sich vor die Tür und niemand kam rein. Dumm nur, dass die Kontrolle unzureichend ausgeführt wurde, denn ich befand mich schon in einer Kabine. Als ich diese und das Toilettenhäuschen, nach dem Händewaschen versteht sich, verließ und mir Michael Schumacher folgte, war die Aufregung bei den Bodyguards deutlich zu spüren. Nur Schumi nahm die Sache locker. Natürlich fragen Sie sich, warum ich überhaupt auf die völlig sinnfreie Recherche der Morgenpost über Toilettenbesuche von Prominenten eingehe, die Antwort ist einfach: irgendwann musste ich ja mal meine Klobekanntschaft mit Schumi, dem ich von hier aus alles Gute wünsche, erwähnen dürfen.

Ansonsten wird auch zum Ferienbeginn über die alten Themen berichtet. „Der Mietendeckel ist sozial ungerecht und schädlich“, meint Morgenpost-Chefredakteurin Christine Richter. Ja, natürlich haben jetzt viele Wohnungseigentümer die Mieten wegen des drohenden Deckels erhöht, was sie ohne diesen gar nicht vorgehabt hätten. Wenn der Mietendeckel dem Senat um die Ohren fliegt wie der CSU die Maut, war das ein Schuss in den Ofen. Reparaturen könnten in den fünf Jahren nicht finanziert werden, wird befürchtet. Für notwendige Vorhaben wird es aber Härtefallregelungen geben und für kleinere darf doch mal die Frage gestellt werden, wie es mit den Rücklagen aussieht? Jeder Unternehmer, egal, was er verkauft oder vermietet, bildet Rücklagen. Aus diesen könnten kleinere Reparaturen bezahlt werden. Sage mir niemand, dass kleinere Wohnungsvermieter nur auf Kante nähen. Und was ist mit den Nebenkosten? Darin finden sich unabhängig vom Mietendeckel alle Kosten wieder, die durch Gemeinschaftstrom, Müllabfuhr, Heizung, Wasserversorgung etc. entstehen. Kostensteigerungen in diesem Bereich werden an die Mieter auch künftig durchgereicht.

Die Deutsche Wohnen AG ist sich für keine Schlagzeile zu schade. Jetzt will sie tatsächlich einen eigenen Mietendeckel einführen. Maximal 30 Prozent soll

die Miete den Bewohnern vom Einkommen kosten. Wer soll das wie prüfen? Dazu wäre ein enormer Verwaltungsapparat erforderlich. Und was heißt das? 30 Prozent pro Mieter in der Wohnung? Werden Ehepaare gemeinsam veranlagt? Und wenn sich einer entscheidet, nicht mehr zu arbeiten, wird dann die Miete anlassbezogen neu berechnet? Was ist mit kleineren Vermögen, die neben einem Einkommen zur Verfügung stehen? Fragen über Fragen. Ein unausgeglichenes Projekt, das nur gute Stimmung schaffen soll. Deutsche Wohnen geht schlicht gesagt der Arsch auf Grundeis. Die Angst vor der Enteignung, was bei der Deutschen Wohnen vielfach Re-kommunalisierung heißen würde, ist groß. Keine Sorge, in Deutschland wird niemand enteignet, der ein funktionierendes Haus unterhält, ja nicht einmal die Leerstand dulden.

Der Aktienkurs der Deutschen Wohnen stieg seit 2009 von 4,57 über 2015 15,32 bis zum April 2019 auf 44,53 Euro an. Aktuell steht er bei 33,55 Euro. Seit Anfang Juni geht es bergab. Die Enteignungsdebatte zeigt ihre Wirkung. Man muss also gute Laune verbreiten. Im Blick hat eine Aktiengesellschaft immer zuerst ihre Aktionäre und dann die Mieter. Das System, mit Wohnungen Geld verdienen zu müssen, ist offenbar das größte Problem. Geld verdienen und als Vermieter gut davon leben zu können, aber auch Rücklagen zu bilden, ist selbstverständlich. Stressfreier wäre das ohne Aktionäre im Rücken.

Wohnungen sind eine Ware, eine Dienstleistung. Das Grund- oder Menschenrecht auf eine Wohnung ist Illusion. Um die Normal- und Geringverdiener muss sich der Staat mit einem ausreichenden Angebot an Wohnungen mit sozial verträglichen Mieten kümmern. Vorhandene Wohnungen einst verkauft zu haben, auch wenn es eine finanzielle Notlage war, war ein Fehler, dessen Reparatur sehr teuer wird. Der Staat muss die Balance zwischen der privaten, gewerkschaftlichen und kommunalen Wohnungswirtschaft herstellen. Ohne private Wohnungsbauunternehmen wird es nicht gehen. Sie in dieser aufgeheizten Stimmung zu motivieren, wird nicht einfach sein. Wohnungsbau muss sich für Investoren auch lohnen, sonst investiert niemand. Löhnen sollte aber heißen – wie gesagt – davon auskömmlich existieren zu können, Reichtümer anzusammeln und Aktionäre glücklich zu machen, ist die falsche Motivation.

Was noch? Raed Saleh bringt Franziska Giffey als SPD-Parteivorsitzende ins Gespräch. Und diese beruft sich bei den Plagiatsvorwürfen auf die „amerikanische Zitierweise.“ Ein löcheriger Strohhalm. Andrea Nahles wird als Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung gehandelt. Ein Glück, dass in sechs Monaten Weihnachten ist. **Ed Koch**